

Antrag zum 55. Bundeskongress

Antrag 802

55. Bundeskongress vom 7. bis 8. Oktober 2017 in Jena

Antragsteller: LV Thüringen

Status: angenommen nicht angenommen verwiesen an _____

Der 55. Bundeskongress möge beschließen:

1 **Ehrlich, fair, eigenständig: Föderale Finanzbeziehungen in** 2 **Deutschland liberal neu gestalten**

3 Die Jungen Liberalen fordern mehr Ehrlichkeit und Fairness in den föderalen Finanzbeziehungen
4 in Deutschland sowie eine stärkere Eigenständigkeit der jeweiligen Gebietskörperschaften. Wir
5 sprechen uns für eine Neugestaltung der Finanzstrukturen von Bund, Ländern und Kommunen
6 aus, bei der zukünftig Mischfinanzierungen und geteilte finanzielle Zuständigkeiten, u.a. über
7 Entflechtungsmittel, soweit wie möglich vermieden werden sollen. Für uns sind solide öffentliche
8 Finanzen und eine starke Eigenverantwortung im Föderalismus zwei Seiten einer Medaille. Wir
9 fordern als Junge Liberale eine grundlegende Gemeindefinanzreform und eine liberale
10 Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Für uns muss dabei der Wettbewerb
11 zwischen den Bundesländern und den Kommunen sowie die Finanzautonomie sowohl auf der
12 Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite gestärkt werden.

13 Die Jungen Liberalen fordern konkret:

14 **Mehr Ehrlichkeit:**

- 15 • **Schulden- und Steuerbremse einführen.** Eine Politik, die rechnen kann und ein Staat,
16 der Verantwortung für alle Generationen übernimmt, sollten stets im Sinne der
17 Haushaltsehrlichkeit nach dem Grundsatz handeln, nicht mehr auszugeben als sie
18 einnehmen. Die Gebietskörperschaften Bund, Länder und Kommunen sollen dabei durch
19 verfassungsrechtliche Schuldenbremsen zur Sparsamkeit angeleitet werden. Die Politik
20 belastet die Bürger und Unternehmen direkt mit immer höheren Steuern und Abgaben
21 oder indirekt, etwa durch die kalte Progression. Zum Schutz der Bürger fordern die
22 Jungen Liberalen daher eine Steuerbremse im Grundgesetz. Danach soll es dem Staat
23 verboten sein, über Ertragsteuern zukünftig mehr als die Hälfte der Erträge einer Person
24 zu vereinnahmen.
- 25 • **Solidaritätszuschlag abschaffen.** Die Jungen Liberalen fordern beginnend ab dem Jahr
26 2017, die schrittweise Absenkung des Solidaritätszuschlages bis hin zu seiner
27 vollständigen Abschaffung im Rahmen der Beendigung des "Solidarpaktes II" im Jahr
28 2019. Politische Forderungen, zukünftig das Aufkommen des Solidaritätszuschlages über
29 2019 hinaus sachlich einem anderen Verwendungszweck (u.a. Klima-Soli,
30 Flüchtlings-Soli oder Infrastruktur-Soli) zuzuführen oder eine Kompensation, bspw. in
31 Form einer Integration in den Einkommensteuertarif, werden abgelehnt.
- 32 • **Gesetzgebungs- und Ertragshoheit zusammenführen.** Die Bundesrepublik
33 Deutschland ist ein Steuerstaat, deren Gesetzgebungs-, Ertrags- und Verwaltungshoheit
34 sowie die Verteilung zwischen Bund und Ländern im Rahmen des
35 Finanzverfassungsrechts geregelt sind. Die Jungen Liberalen fordern für Steuerarten,
36 deren Ertragshoheit nach dem Trennsystem vollständig den Ländern zugeordnet ist, die

37 Gesetzgebungs- und Ertragshoheit gleichermaßen bei den Ländern zusammenzuführen.
38 Damit werden die Länder berechtigt, über Erhebung, Ausgestaltung oder Höhe der
39 jeweiligen Steuerart in Eigenverantwortung zu entscheiden.

40 **Mehr Fairness:**

- 41 • **Altschuldenfonds ablehnen.** In einem von anderen Parteien geforderten Schuldenfonds
42 sollen zukünftig die Tilgungs- und Zinslasten von Altschulden der Gebietskörperschaften
43 vergemeinschaftet werden. Die Jungen Liberalen lehnen einen solchen
44 Altschuldentilgungsfonds sowie die Vergabe von Bundesmitteln auf Basis bestimmter
45 Schuldenarten (z. B. kommunaler Kassenkredite) strikt ab. Eigenverantwortliche
46 Entscheidungsfindung und das Haftungsprinzip für daraus entstehende Konsequenzen
47 sind für uns untrennbar. Wer in der Vergangenheit Schulden gemacht hat, muss selbst
48 dafür geradestehen!
- 49 • **Kommunale Finanzkraft voll einbeziehen.** Keine halben, 64- oder 75-prozentigen
50 Sachen: Die Jungen Liberalen fordern die Einbeziehung von 100 Prozent der
51 kommunalen Finanzkraft bei der Ermittlung der Finanzkraftmesszahl der Länder im
52 Länderfinanzausgleich und keine Basar-ähnlichen Verhandlungen über Prozentpunkte.
53 Zur Fairness der Ermittlung der tatsächlichen Einnahmen, welche auch die steuerliche
54 Gesamtbelastung der Bürger und Unternehmen widerspiegelt, zählt vor allem die
55 Transparenz über die wahre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aller
56 Gebietskörperschaften.
- 57 • **Umsatzsteuervorwegausgleich abschaffen.** Die Gewährung von
58 Umsatzsteuer-Ergänzungsanteilen (der sogenannte "Vorwegausgleich") verzerrt
59 willkürlich den eigentlichen Finanzausgleich und verhindert eine ehrliche, öffentliche und
60 grundsätzliche Debatte über eine aufgabenangemessene Finanzausstattung aller
61 Gebietskörperschaften sowie über die Finanzströme in Deutschland. Die Jungen
62 Liberalen fordern hierbei Ehrlichkeit und Transparenz: Der Umsatzsteuervorwegausgleich
63 sollte abgeschafft und stattdessen ein weniger starker und linearer Ausgleichstarif auf der
64 Ebene des Länderfinanzausgleichs eingeführt werden.

65 **Mehr Eigenständigkeit:**

- 66 • **Eigene Hebesatzrechte für die Länder einführen.** Die Jungen Liberalen fordern die
67 Einführung von Zuschlags- und Abschlagsrechten zur Einkommen- und
68 Körperschaftsteuer für die jeweiligen Länder innerhalb eines bundesgesetzlich definierten
69 und langsam zu vergrößernden Korridors in Richtung eines eigenverantwortlichen
70 Wettbewerbsföderalismus.
- 71 • **Insolvenzfähigkeit ermöglichen.** Die Jungen Liberalen fordern die schrittweise und
72 behutsame Einführung der Möglichkeit eines geordneten Insolvenzverfahrens für
73 Gebietskörperschaften in Deutschland.
- 74 • **Erstattungskultur beenden.** Die Jungen Liberalen lehnen die bittstellende
75 "Erstattungskultur" u.a. kommunaler Sozialausgaben durch den Bund (bspw.
76 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) als Aushöhlung der kommunalen
77 Selbstverwaltung ab. Stattdessen wird eine generelle, bessere Finanzausstattung der
78 Kommunen, z. B. über höhere Kommunalanteile an den Gemeinschaftssteuern,
79 gefordert.
- 80 • **Umfassende Gemeindefinanzreform angehen und echte Kommunalsteuer**
81 **einführen.** Die Jungen Liberalen fordern eine umfassende Gemeindefinanzreform. Dies
82 umfasst u.a. die Ersetzung der Gewerbesteuer durch die Möglichkeit der
83 eigenverantwortlichen Erhebung einer Kommunalsteuer im Sinne einer Annexsteuer,

84 einem eigenen kommunalen Hebesatz auf die Lohn-, Einkommen- und
85 Körperschaftsteuer. Durch die Abschaffung der Gewerbesteuer ermöglicht in diesem
86 Zusammenhang das kommunale Zuschlagsrecht an der Lohn-, Einkommen- und
87 Körperschaftsteuer einen echten Wettbewerb zwischen den Kommunen. Bei der
88 Ausgestaltung der Gemeindefinanzreform müssen dabei strikt die Kriterien der
89 Einführung einer Steuerbremse beachtet werden. Mit der Ersetzung der Gewerbesteuer
90 wird auch die kommunale Abführung der Gewerbesteuerumlage an Länder und Bund
91 abgeschafft.

92 Begründung:

93 Erfolgt mündlich

Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 55. Bundeskongress vom 7. bis 8. Oktober 2017 in Jena.